

Marcel M. Baumann & Reinhart Köbler

Von Kundus nach Camelot und zurück: militärische Indienstnahme der „Entwicklung“*

Am 18. Januar 2011 hat die *Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres* das Adjektiv „alternativlos“ zu ihrem Favoriten für 2010 gekürt.¹ Damit brandmarkt sie eine Diskursstrategie, die über ein Jahrzehnt hinweg nicht zuletzt Entscheidungen über Kriegsführung unter deutscher Beteiligung politischer Deliberation entheben sollte. Die folgende Analyse der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, die konzentriert in der NATO-Doktrin „Civil Military Cooperation“ (CIMIC) zum Ausdruck kommt, wird zugleich auch die Risiken eindimensionalen Denkens aufzeigen. Wir werden daher am Schluss dieses Beitrages einige kursorische Hinweise auf ein dringliches Denken von Alternativen geben, als bewusste Anstrengung, gegen den Strom zu schwimmen. Dies kann sich nicht auf politische Instrumente oder strategische Vorgaben beziehen, sondern muss den Entwicklungsdiskurs insgesamt ansprechen.

Ein Lehrstück und die, die daraus lernen

„Sollten Streitkräfte in den Szenarien des Kalten Krieges noch in einem Umfeld ohne Zivilbevölkerung agieren – sie galt schlichtweg als evakuiert – sieht die heutige Einsatzrealität ganz anders aus: Die Bundeswehr muss ihren militärischen Auftrag *inmitten der Bevölkerung* und im engen Verbund mit internationalen Organisationen erfüllen.“²

Mit diesen Worten beschreibt die deutsche Bundeswehr unter der Überschrift „CIMIC ist mehr“ die Grundlagen des Konzeptes. Es kann als Lehrstück einer zunehmenden „Versicherheitlichung“ (*Securitization*)³ sowohl entwicklungspolitischen Denkens als auch der entwicklungspolitischen und anderer

* Teile dieses Beitrages gehen auf ein Forschungsprojekt zurück, das von der AG Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz finanziert wurde.

1 Siehe hierzu den Bericht in der taz: „Kaum Alternativen zu ‘alternativlos‘“, 19. 1. 2011. Vgl. <http://www.unwortdesjahres.uni-frankfurt.de/>, letzter Aufruf: 19. 1. 2011.

2 <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/einsaetze/cimic>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010, Hv.: d.A.

3 Der Begriff „Versicherheitlichung“ als deutsche Übersetzung von „securitization“ hat bestenfalls heuristische Qualität. Zur sprachlichen Übersetzung muss allerdings auch eine analytische

zivilen Aufgaben gesehen werden. Versicherheitlichung bedeutet im Kern, dass bestimmte Politikfelder, wie z.B. Umwelt, Soziales oder Entwicklung, die per se nichts mit dem Politikfeld „Sicherheit“ zu tun haben, als sicherheitsrelevant definiert werden, da ihnen besonders bedrohliche Wirkungen oder sicherheitsrelevante Interessen zugeschrieben werden. Im Folgenden setzen wir uns mit dem mittlerweile populären *Securitization*-Konzept und dessen Verbindungen und Auswirkungen auf Entwicklungsfragen auseinander. Dabei geht es um zwei zentrale Thesen über die problematischen Konsequenzen der Versicherheitlichung von „Entwicklung“: *Erstens*, der Ausbau zivil-militärischer Zusammenarbeit und die Formulierung von CIMIC als Doktrin durch die NATO führten zur Entstehung des „Entwicklungsgendarms“.⁴ Es hat eine Landnahme der Entwicklungspolitik durch militärische Akteure stattgefunden. Eine kritische Analyse ergibt *zweitens*, dass die Redeweise von „zivil-militärischer Zusammenarbeit“ den eigentlichen Kern verschleiert: die Kontinuität weit älterer Strategien der Aufstandsbekämpfung (*Counterinsurgency*).

Auch gegenüber sozialtechnologisch geprägten Vorstellungen von Entwicklungsintervention als Mittel zur Erzielung normativ vorgegebener sozioökonomischer Verhältnisse oder auch Persönlichkeitsstrukturen ergibt sich aus der Tendenz, die Entwicklungspolitik in die Sicherheitspolitik zu inkorporieren, eine folgenreiche Verschiebung. Aus Partnern, die sich perspektivisch emanzipieren oder emanzipiert werden, werden vorab Sicherheitsrisiken. Der Kampf um die sprichwörtlichen *Hearts and Minds* ist durch diese Prioritätensetzung bestimmt.

Um dies zu verdeutlichen, zeichnen wir zunächst die Versicherheitlichung in Theorie und Praxis nach und analysieren das gegenwärtig heftig diskutierte Konzept der „vernetzten Sicherheit“. Hier spielt CIMIC eine zentrale Rolle. Wir nehmen dann die militärischen Sichtweisen auf die CIMIC-Doktrin auf. Diese Überlegungen stellen wir in eine derzeit oft übersehene längere zeitliche Perspektive, der *Counterinsurgency*. Die als neu propagierte Doktrin zivil-militärischer Zusammenarbeit hat tatsächlich eine lange zurückreichende Geschichte – eine Geschichte von gewaltsamen Interventionen und „kolonialen Konterrevolutionen“ (Horlemann 1968). Vor diesem Hintergrund gehen wir auf die mittlerweile fast ausnahmslos kritische Debatte unter zivilgesellschaftlichen Akteuren ein.⁵ In einem

Übersetzungsleistung der mit „securitization“ verbundenen ideellen Grundlagen erfolgen: s. den folgenden Abschnitt. Zur Bestimmung von Sicherheit s. generell Zdunek 2011.

4 Wir schließen hier an Überlegungen von Trutz von Trotha 2010 an.

5 Allgemein zur Debatte um zivil-militärische Kooperation bzw. das Verhältnis von Sicherheits- und Entwicklungspolitik s. aus unterschiedlicher Perspektive etwa: Duffield 2001;

kurzen Ausblick skizzieren wir dann die Herausforderungen, denen sich im Entwicklungsbereich Tätige angesichts der Zumutung von CIMIC gegenübersehen und weisen, wenn auch bewusst kontrafaktisch, Umrisse einer Alternative auf.

Versicherheitlichung in Theorie und Praxis: „Embedded Aid“ oder Bedrohungen für die „vernetzte Sicherheit“?

Der auf Deutsch ungelenke Terminus „Versicherheitlichung“ übersetzt den seit längerem diskutierten Begriff *Securitization*. Er geht auf die mit den Namen Barry Buzan und Ole Waever verbundene „Kopenhagener Schule“ der Internationale Beziehungen zurück.⁶ Sie plädiert für ein konstruktivistisches Verständnis von Sicherheit:

„Wir wenden uns gegen die Ansicht, dass Krieg und Gewalt den Kern der Forschung über Sicherheit ausmachen und dass andere Probleme nur von Bedeutung sind, soweit sie Bezug auf Krieg und Gewalt besitzen [...]. Wir möchten vielmehr ein radikaleres Verständnis der Forschung von Sicherheit schaffen, indem wir Bedrohungen für thematisierte Objekte und die Versicherheitlichung dieser Bedrohungen untersuchen, die militärisch, aber auch nicht-militärisch sind.“ (Buzan u.a. 1998: 4)

Buzan u.a. definieren Sicherheit ausdrücklich nicht begrifflich normativ, sondern als Sprechakt (vgl. ebd.: 21-24). Auf dieser Ebene gelingt es dem „securitizing actor“, einem bestimmten Politikfeld ein solches Maß an Bedeutung zu verschaffen, dass es als existentiell wichtig oder aber als politisch nicht mehr verhandelbar erscheint. Versicherheitlichung ist aus dieser Perspektive eine besonders extreme Form der Politisierung (vgl. ebd.: 23f).

In diesem Sinne der Diskursverschiebung kann jedes Politikfeld versicherheitlicht werden. So wurden seit den 1980er Jahren Hunger, Armut, Umweltzerstörung, Diskriminierung usw. zunehmend als Sicherheitsgefahrdungen kommuniziert. Initiativen zur Versicherheitlichung dieser nicht-militärischen Politikfelder kamen auch aus der Zivilgesellschaft; damit verband sich die Hoffnung, der erweiterte Sicherheitsbegriff werde auch zu erhöhter Aufmerksamkeit führen und so zusätzliche Ressourcen mobilisieren. Zugleich versprach man sich eine Entmilitarisierung und in diesem Sinne auch Zivilisierung der Sicherheitspolitik. Mittlerweile hat sich die Verwendung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs durchgesetzt (vgl. Brock 2005).

Faust & Messner 2004; Klingebiel 2006a, 2006b; Klingebiel & Roehder 2004, 2008; Lilly 2004; Maihold 2005.

6 Vgl. Waever 1995; Buzan u.a. 1998; Baldwin 1997; Bonacker & Bernhardt 2006; Lipschutz 1995b.

Für die Ausweitung des Sicherheitsverständnisses auf die Entwicklungspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit war im deutschen Kontext der Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wesentlich, der am 12. Mai 2004 ressortübergreifend im Kabinett beschlossen wurde (vgl. Bundesregierung 2004). Hier wurde die Krisenprävention als politische Querschnittsaufgabe auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene betrachtet. Der Plan enthielt 161 konkrete Handlungsempfehlungen, welche die Bundesregierung in den nächsten fünf bis zehn Jahren umsetzen sollte.⁷ Die Empfehlungen des Aktionsplans, die ins Auge gefassten Handlungsfelder und Akteure entsprachen einem erweiterten Sicherheitsbegriff: Stärkung deutscher Beiträge zu multilateralen Ansätzen; Wahrung und Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisenregionen; Förderung von Friedenspotentialen in der Zivilgesellschaft; Sicherung der Lebenschancen der Menschen usw. Lothar Brock (2004a) stellt daher an den Aktionsplan die kritische Frage, ob ein erweiterter Sicherheitsbegriff tatsächlich eine geeignete Grundlage für eine „Zivilisierung“ der Sicherheitspolitik bietet oder nicht vielmehr militärische Kompetenzansprüche ausweitet.

Der Aktionsplan ordnete sich ein in einen breiteren Strom des als „neu“ deklarierten Sicherheitsdenkens. Bereits seit den 1990er Jahren begann sich ein stark erweitertes Verständnis von Sicherheit durchzusetzen (vgl. Debiel 2004: 52; Rehse 2004: 12ff). Die internationale Gemeinschaft verstand nun Folgen inner-staatlicher Konflikte, vor allem aber von Hunger, Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeiten sowohl als Bedrohungen für die Weltgemeinschaft, in erster Linie aber als Bedrohungen für die menschliche Sicherheit (*Human Security*). Dieser Begriff wurde zur neuen konzeptionellen Richtschnur, welche das Individuum in den Mittelpunkt stellt. So betont der Bericht der Commission for Human Security von 2003 die Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft für das Individuum, die vor allem dann eintritt, wenn der Staat nicht in der Lage oder bereit ist, diese zu garantieren.⁸

Die erhebliche Ausweitung der Sicherheitsvorstellungen führte auch zu Veränderungen der internationalen Politik und der politischen Ausrichtung der Vereinten Nationen. Die Betonung des bedrohten und schutzbedürftigen Individuums machte die Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft (*Responsibility to Protect*) zu einer neuen internationalen Norm, deren Beachtung und Durchsetzung zunehmend Vorrang erhielt vor der klassischen

7 Zur Kritik des Aktionsplans und der seither erschienenen Umsetzungsberichte durch zivilgesellschaftliche Akteure s. z.B. VENRO 2004; Plattform Zivile Konfliktbearbeitung & Forum Menschenrechte e. V. 2008; vgl. die zusammenfassende Bewertung von Weller 2008.

8 Vgl. Commission on Human Security 2003; Debiel & Werthes 2005; Weller 2004.

völkerrechtlichen Norm der Souveränität (vgl. Rehse 2004: 12; ICISS 2001). In der internationalen Gemeinschaft wuchs die Bereitschaft zu „humanitären Interventionen“; humanitäre Argumentationen standen nun an der Spitze der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates (vgl. Rehse 2004: 12).

Die zunehmenden Überschneidungen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheitspolitik und damit zwischen zivilen und militärischen Akteuren lassen sich auf den in den 1990er Jahren zunehmenden „Interventionismus“ der internationalen Gemeinschaft zurückführen, der sich auf innere, regionale Konflikte bzw. innerstaatliche Konflikte richtet und eine neue „interventional global policy“ ausmacht (ebd.: 9):

„[...] es gab zunehmend Berührungspunkte, und die Beziehungen zwischen militärischen und zivilen Akteuren gewannen an Bedeutung. Nach einer Reihe fehlgeschlagener friedenserhaltender Aktionen in Somalia, Rwanda und Bosnien mit der Tragödie von Srebrenica wandelte sich die Haltung der Mitgliedsstaaten der UN. Sie zeigten sich zögerlich und waren weniger bereit, die eigentlichen Grundlagen der Konflikte anzugehen. Stattdessen trat eine Mischung aus humanitären und politischen Mandaten als Ersatz für politisches und militärisches Handeln zutage.“ (ebd.: 13)

Zu dieser Mischung kam es im Zuge konkreter Einsätze vor Ort teilweise aus pragmatischen Erwägungen. Sie kann aber letztlich als „Sieg“ des erweiterten Verständnisses von Sicherheit und vor allem von Sicherheitspolitik gelten. Problematisch wäre dieser Sieg vor allem dann, wenn sich aus dem erweiterten Sicherheitsbegriff ein Übergewicht der Sicherheits- und Militärpolitik gegenüber ziviler Konfliktbearbeitung ergäbe. Letztere definiert sich gerade dadurch, dass „Regeln und Institutionen“ geschaffen werden, „die bei Konflikten Gewaltanwendung verhindern. Dies betrifft sowohl den Umgang mit Konflikten in der eigenen Gesellschaft wie auch die zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen“ (Weller 2004: 43; vgl. ders. 2007: 9; Brock 2005; Buro 2004).

Zwar besteht theoretisch in der Tat die Chance, dass die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs der Forderung nach ziviler Konfliktbearbeitung politischen Nachdruck verleiht. So argumentiert Weller (2004: 42), die neue Zielsetzung der „menschlichen Sicherheit“ beschränke das Militär auf die Rolle eines Elements unter vielen anderen, und zivile Konfliktbearbeitung werde daher an Bedeutung gewinnen. Brock warnt dagegen zu Recht davor, die Anerkennung neuer Bedrohungen und neuer internationaler Normen wie die Schutzverantwortung „als Durchbruch zu einer anderen Sicherheitspolitik zu feiern“ (2005: 20; Hv.: d.A.). Wie hier gezeigt werden soll, haben sich durch die CIMIC-Doktrin der NATO die Interessen der Sicherheitspolitik durchgesetzt.

Diese *andere* Sicherheitspolitik hat zu Reaktionen innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit geführt, welche sich als sich selbst erfüllende Prophezeiung erweisen könnten: Durch Versicherheitlichung „ihres Politikfeldes“ unter erheblichen Druck gesetzt, sind die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit darum bemüht, für eine bessere öffentliche Akzeptanz zu werben. Deshalb wird auch zunehmend der Anspruch erhoben, ihre Arbeit sei Präventionsstrategie gegen den internationalen Terrorismus. Daraus ergibt sich jedoch eine ernste Gefahr, nämlich die Überladung mit Ansprüchen und die Frage nach der Arbeitsteilung zwischen zivilen und militärischen Akteuren: Die Entwicklungspolitik

„glaubt, dass sie sich heute als Sicherheitspolitik verkaufen muss, um ernst genommen zu werden. Diese Art von politischer Vermarktungsstrategie ist in der gegenwärtigen Stimmungslage offenbar naheliegend. Aber die Entwicklungspolitik läuft Gefahr, ins Schlepptau der militärischen Selbstverteidigung am Hindukusch oder sonst wo zu geraten statt Alternativen zur militärgestützten Politik zu praktizieren. Die Entwicklungspolitik droht hier in eine Sicherheitsfalle zu tappen, in der sie eher Ressourcen und Spielraum für eine eigenständige Politik verliert als hinzugewinnt.“ (Brock 2004b)

Diese Vermarktungsstrategie und die mit ihr verbundene Sicherheitsfalle werden jedoch oft nicht erkannt. Manche versuchen sogar, aus der Not eine Tugend zu machen. So beklagen etwa Peter Croll, Tobias Deibel sowie Tobias und Stephan Klingebiel (2007) in ihrem Plädoyer für eine integrative deutsche Sicherheitsstrategie, Sicherheitspolitik zerfalle in Deutschland in Bereiche, die nur unzureichend miteinander kommunizierten. Sie finden sich in Übereinstimmung mit dem erst vor Kurzem durch den Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel, propagierten Konzept der vernetzten Sicherheit, das er vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik erläuterte:

„Vernetzte Sicherheit bedeutet für mich, dass Entwicklungspolitik, Außenpolitik, Verteidigungspolitik und andere Politikfelder eng aufeinander abgestimmt an gemeinsamen Zielen arbeiten. Unter vernetzter Sicherheit verstehe ich auch, dass sich militärische und zivile Organisationen in ihrer Arbeit ergänzen, etwa beim Aufbau Afghanistans. Damit ist keine Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit gemeint, sondern eine notwendige und sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Streitkräften und Hilfsorganisationen zum beiderseitigen Vorteil.“⁹

9 Siehe: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Presserklärung, 25. 6. 2010, http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2010/juni/20100625_baks/index.html, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.

Dies bezeichnet freilich keineswegs eine abrupte Wende im Sicherheitsdenken. Bereits das „Solana-Papier“ aus dem Jahr 2003, welches zur Grundlage für die Europäische Sicherheitsstrategie 2003 wurde, wies auf neue Bedrohungen und „erweiterte Verteidigungslinien“ hin und betonte: „Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen“ (Solana 2003; ähnlich Rat der Europäischen Union 2003). Im Jahr 2006 war das Konzept der vernetzten Sicherheit im Weißbuch 2006 der Bundeswehr unter zustimmendem Verweis auf den Aktionsplan von 2004 als eine der Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt gestellt worden (s. Bundesministerium 2006; vgl. bereits Bundesministerium 1994).

Zivilgesellschaftliche Kritiker verwiesen sogleich auf den engen Zusammenhang zwischen dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ und dem älteren der „embedded aid“, das vor allem für die USA handlungsleitend geworden war (vgl. Gebauer 2010). Dabei war zunächst die Einbettung von Hilfe „in Staat und Gesellschaft“ gemeint (Whitfield 2006: 2; vgl. Turnell 2010: 23). Neben dem damit angesprochenen Postulat der Kohärenz von Politikfeldern geht es aber auch um die Definition und Zielvorstellung der Hilfe selbst. Diese unterliegen einer langfristigen Diskursverschiebung (vgl. auch Kößler & Wehr 2011), in der Armut weniger als „soziales Problem“, denn als individuelles Schicksal, ihre Bekämpfung als „Risikomanagement“ verstanden und damit semantisch deutlich der Sicherheitsproblematik angenähert wird. Im Kontext dieser Tendenz zur Versicherheitlichung sprechen Beobachter von „embedded aid“ – in Parallele zum bekannteren „embedded journalism“, der ebenfalls militärischen Anforderungen untergeordnet ist (Mestrum 2006: 2f).

Die Forderung nach kohärentem Auftreten unterschiedlicher, d.h. ziviler ebenso wie militärischer Interventionskräfte und die entsprechende Koordination bedeutet einen Paradigmenwechsel, der Prinzipien in Frage stellt, die seit nahezu 150 Jahren, seit der Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Gültigkeit hatten und zumindest begrenzt und auf der Ebene formaler Rechtsbestimmungen Schutz für Verwundete, Gefangene und Zivilisten bedeuteten (vgl. Kennedy 2009). Mark Duffield hat die sich daraus für zivile Hilfsorganisationen ergebende Perspektive ebenso drastisch wie anschaulich in räumlicher Metapher als „befestigten Komplex der Hilfsorganisationen“ bezeichnet (2009: 15). Schlichter kann man das den Rückzug in den Bunker nennen (vgl. Duffield 2009). Dies schließt neben der Isolierung von den Adressaten der Hilfe steigende Opferzahlen unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen bekanntlich nicht aus. Diese stehen vor der Alternative, sich zurückzuziehen oder sich dem Sicherheitsdiskurs zu unterwerfen (s. Stoddard u.a. 2009). Umgekehrt erhalten aus der Perspektive einer militärischen US-Strategie, die auf der

Grundlage der Einsicht, dass „kein militärischer Sieg möglich (ist) ohne den politischen Sieg“ (Cordesman 2005: 6), deutlich über das Militärische hinausgreift, „embedded aid efforts“ des Militärs selbst strategische Bedeutung, solange das State Department und die „zivilen Organisationen“ nicht den militärstrategisch definierten Anforderungen genügen (ders. 2007: 2).

Dies unterstreicht den Definitions- und Kontrollanspruch der militärischen Akteure. Die Entwicklungspolitik sieht sich gegenüber der Sicherheitspolitik in einer strategischen Defensive. Sie wird nur noch als Mosaiksteinchen der „vernetzten Sicherheit“ betrachtet.

Zivil-militärische Zusammenarbeit als militärischer Auftrag

Vor allem in der deutschen Debatte wird das ausbuchstabierte CIMIC-Konzept als Ergebnis eines Lernprozesses präsentiert, der an den NATO-Einsätzen auf dem Balkan ansetzte.¹⁰ In einer SWP-Studie führt Michael Paul (2008: 7) die „neuartige Gleichzeitigkeit von zivilen und militärischen Maßnahmen“ auf diese Einsätze zurück. Die militärischen Akteure gelangten nach dieser Darstellung auf solchem Wege zu der Erkenntnis, dass Abstimmungen und Kooperationen mit anderen Akteuren von großer Bedeutung seien (vgl. ebd.; Phillips 1998).

Erste deutsche Erfahrungen mit zivil-militärischer Zusammenarbeit gehen auf die Somalia-Operation UNOSOM II zurück. Hier leistete die Bundeswehr von August 1993 bis März 1994 „im Rahmen freier Kapazitäten“ direkte Hilfe für die somalische Bevölkerung: z.B. ambulante und stationäre medizinische Versorgung, Brunnenbau, Verbesserung der Infrastruktur und Schaffung schulischer Einrichtungen. „Anstelle von ziviler Unterstützung für militärische Operationen wurden so erstmals umfangreiche militärische Ressourcen für die Zivilgesellschaft bereitgestellt.“ (Paul 2008: 7)

Doch vor allem die Bundeswehr sieht im NATO-Einsatz SFOR in Bosnien und Herzegowina die wahre „Geburtsstunde von CIMIC“.¹¹ Seit 1999 waren deutsche CIMIC-Soldaten auch im Kosovo im Rahmen des deutschen Kontingentes der Kosovo Force (KFOR) eingesetzt. Im September 2009 lobte der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung die „erfolgreiche zivil-militärische Zusammenarbeit im Kosovo“ und bestätigte, dass nach 10 Jahren die letzten deutschen CIMIC-Kräfte aus dem Kosovo wieder

10 Siehe: Paul 2009; vgl. die positive Beurteilung der CIMIC-Aktivitäten in Bosnien-Herzegowina durch William R. Phillips 1998. Phillips ist Oberst und war der Leiter eines CIMIC-Projektes in Bosnien-Herzegowina.

11 Siehe: <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/einsaetze/cimic>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.

nach Deutschland zurückverlegt worden seien.¹² Von 1999 bis 2009 wurden insgesamt 2924 Projekte durchgeführt, wobei mehr als 20 Millionen Euro durch die deutschen CIMIC-Kräfte „als unmittelbare Unterstützung für die Bevölkerung und Institutionen des Kosovo“ verwendet wurden:

„Mit der ganzen Bandbreite von gemeinnützigen Bauprojekten bis zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Familien und Kindern trug die tägliche Arbeit nachhaltig dazu bei, ein vertrauensvolles Verhältnis mit allen Teilen der zivilen Bevölkerung aufzubauen und zu halten.“ (Paul 2008: 16)

Peter Braunstein, Christian Wilhelm Meyer und Marcus Jurij Vogt¹³ bewerteten aus militärischer Sicht die konkreten Einsatzerfahrungen auf dem Balkan im Hinblick auf CIMIC. Sie kennzeichneten gleich zu Beginn ihres Beitrages CIMIC nachdrücklich als notwendige Unterstützung für die eingesetzten Truppen und zweckmäßige Ergänzung internationaler Bemühungen zur Friedenssicherung. Durch CIMIC leiste die Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag im Rahmen *ziviler* Implementierungspläne. Die militärische Sicht ist eindeutig: CIMIC erfüllt für die Truppen eine Unterstützungsfunktion, indem funktionale Beziehungen zur Bevölkerung hergestellt werden (vgl. Braunstein u.a. 2001). Zur Stabilisierung eines unsicheren Umfeldes erfüllen die CIMIC-Kräfte eine „Scharnierfunktion“ gegenüber dem zivilen Umfeld des Militärs:

„Perspektivisch angelegte CIMIC-Arbeit schöpft *Legitimation* nicht nur aus dem Schutzprinzip für die Truppe, sondern auch aus der Schaffung von Zuständen, die eine möglichst frühzeitige Reduzierung eingesetzter Truppen ermöglichen.“ (ebd.)

Die Entstehung von CIMIC muss demzufolge als „Konzept im Fluss“ (ebd.) verstanden werden, das der ständigen Neuorientierung und Bearbeitung bedarf: Wie die militärischen Akteure betonen, folgte das deutsche CIMIC-Konzept der konkreten Praxis im militärischen Einsatz; denn es existierte zu Beginn des Bosnien-Einsatzes deutscher CIMIC-Kräfte im Sommer 1997 keine umfassende Planung für deren Wirken im Rahmen einer Friedensmission. Die deutschen CIMIC-Akteure stützten sich vor Ort und ad hoc auf Erfahrungen der amerikanischen Verbündeten: Dabei wurde gar kein Hehl daraus gemacht, dass die Praxis sich zunächst „improvisierend im Vorschriftenvakuum“ befand (ebd.).

12 Siehe: Bundesministerium der Verteidigung, Pressemitteilung: „Zehn Jahre erfolgreiche zivil-militärische Zusammenarbeit“. Berlin, 23. 9. 2009.

13 Peter Braunstein ist Referent im Bundesministerium der Verteidigung (Führungsstab der Streitkräftebasis); Christian Wilhelm Meyer ist Oberleutnant und Chef der Inspektion für die Offiziersaus- und -weiterbildung an der Artillerieschule in Idar-Oberstein; Marcus Jurij Vogt ist Referent für CIMIC im Führungsstab der Streitkräfte.

Diese Erfahrungswerte bestimmten auch die programmatische Festlegung der Grundsätze zivil-militärischen Zusammenwirkens in Stabilisierungseinsätzen. So war es schließlich die NATO, die das aus der Einsatzpraxis vor Ort entstandene Konzept in eine Doktrin ummünzte: „NATO bemächtigte sich erfolgreich des Ausdrucks und verknüpfte ihn mit den Vorstellungen des Bündnisses über die zivil-militärische Zusammenarbeit.“ (Rehse 2004: 16) Die NATO definierte CIMIC folgendermaßen:

„CIMIC ermöglicht die Zusammenarbeit zwischen NATO-Befehlshabern und allen Teilen der zivilen Umgebung innerhalb seiner *Joint Operations Area* (JOA). CIMIC ist: Die die Mission unterstützende Koordination und Kooperation zwischen dem NATO-Befehlshaber und zivilen Akteuren, einschließlich der nationalen Bevölkerung und lokalen Behörden und Instanzen sowie internationalen, nationalen und Nichtregierungs-Organisationen und Instanzen.“ (NATO 2002)

Im Allgemeinen lassen sich drei Kernfunktionen von CIMIC beschreiben:

1. Zivil-militärische Beziehungen gestalten und pflegen;
2. Zivile Institutionen, Organisationen und Akteure unterstützen, um die Akzeptanz der Streitkräfte in der Zivilbevölkerung und damit gleichzeitig deren Schutz zu erhöhen;
3. Operative Unterstützung der Streitkräfte, vor allem durch zivile Lagebilder bzw. „Village Profiles“ (s. Paul 2008: 5).

Fasst man die Erfahrungen seit den Balkan-Einsätzen ins Auge, so hat CIMIC vor allem aus Sicht des Militärs durch Verbindungsarbeit, Unterstützung von Aufbaufortschritten sowie bei der Erstellung ziviler Lagebilder für Stabilisierungseinsätze erheblich an operativer Bedeutung gewonnen und gilt als für den militärischen Auftrag bedeutsamer, wirkungsvoller Faktor (vgl. ebd.: 6). Aus Sicht der NATO erfüllt CIMIC kurzfristig den Zweck, die Kooperation des NATO-Befehlshabers mit lokalen Behörden und Instanzen sowie der Bevölkerung im Operationsgebiet des Befehlshabers herzustellen und zu erhalten. Langfristig soll CIMIC dazu beitragen, die Bedingungen zu schaffen, um die Ziele der NATO-Missionen zu erfüllen (NATO 2002). Diese Definition zeigt, dass CIMIC für die NATO eine Dimension militärischer Operationen darstellt und nicht eine zivil-militärische Kooperation; das militärische Ziel bleibt allen zivilen Anliegen übergeordnet (vgl. Rehse 2004: 30). Dies betont auch die Bundeswehr, die sich sehr eng an die NATO-Doktrin anlehnt: „CIMIC – Ein militärischer Auftrag“.¹⁴ Mit einigem

¹⁴ http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/aktuelle_einsaetze?yw_content-URL=/C1256F1D0022A5C2/W2763FKB027INFODE/content.jsp.html, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.

Aufwand wird versucht, den militärischen Auftrag von CIMIC mit einer multimedialen Präsentation zu erläutern:

„Sie wird gerne als eine Art militärische Entwicklungshilfe angesehen: die Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Auslandseinsatz. Doch eben das ist CIMIC ... nicht oder nicht nur: Primär dient sie der eigenen Operationsführung – beispielsweise durch die Verbesserung von Verkehrswegen oder durch die Kenntnis der Meinungen und Nöte in der Bevölkerung.“¹⁵

Tobias Pflüger (2006: 2) bemerkt zu dieser offiziellen Darstellung der Bundeswehr:

„Erstaunlich ist die ehrliche Sprache, die verwendet wird. Es wird auf der Bundeswehr-Homepage offen zugegeben, dass CIMIC eine ausschließliche Unterstützungsfunktion für die jeweilige Militäroperation darstellt. Obwohl sonst die Bundeswehrführung und Regierungsvertreter ein umgekehrtes Bild zu vermitteln versuchen.“

Die Definitionen der NATO und der Bundeswehr machen deutlich, dass CIMIC keine *Strategie*, sondern eine *taktische* Doktrin darstellt (vgl. Rehse 2004: 30). Die Strategie einer militärischen Operation kann z.B. darauf abzielen, in einem bestimmten Gebiet eine Reduzierung der Sicherheitsrisiken für die Bevölkerung zu erreichen. CIMIC aber ist lediglich das Instrument, ein solches strategisches Ziel zu erreichen: „CIMIC ist eine taktische Doktrin, deren Ziel die Unterstützung humanitärer Akteure oder die Übernahme von Aufgaben humanitärer Art sein kann.“ (ebd.: 38)

CIMIC ist demnach integraler Bestandteil der militärischen Operationsplanung und Operationsführung, der als solcher wenig mit humanitärer Hilfe oder Entwicklungshilfe zu tun haben möchte, wie dies auch aus einer SWP-Studie hervorgeht:

„Populäre Bilder von Soldaten beim Brunnenbohren oder Errichten von Schulzelten erwecken dagegen den Eindruck, die Bundeswehr zeichne sich im CIMIC-Aufgabenbereich vor allem durch den (Wieder-)Aufbau von Infrastruktur aus. Dabei ist es weder realistisch noch wünschenswert, dass sich ‘Soldaten als Entwicklungshelfer’ betätigen.“ (Paul 2008: 5)

Die militärische Perspektive auf die Entwicklung zivil-militärischer Beziehungen und auf die CIMIC-Doktrin konzentriert sich also ausschließlich auf den militärischen Nutzen (vgl. ebd.: 13). Es geht um „embedded aid“ als asymmetrische Beziehung, in der der Primat des Militärs unangetastet

15 „CIMIC ist kein Brunnenbohren“, 11. 8. 2010, http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/multimedia/videoarchiv/einsaetze/beitraege_2010?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/W2886DEK142INFODE/content.jsp.html, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.

bleibt. Vernetzte Sicherheit bedeutet daher auch, dass die herkömmliche, völkerrechtlich verankerte Trennung zwischen militärischem und zivilem Bereich sogar als Hindernis zur Erfüllung des militärischen Auftrages betrachtet wird. Vergegenwärtigt man sich diese vom Militär sehr klar und unmissverständlich vertretene Haltung gegenüber zivilen Akteuren, so verwundert die Art und Weise der Finanzierung von CIMIC-Projekten. So schreibt die deutsche Bundeswehr auf ihrer Homepage: „Mittel aus dem Verteidigungshaushalt werden nicht für CIMIC-Projekte eingesetzt.“¹⁶

Vom Mitteleinsatz her stellt die Bundeswehr lediglich das notwendige Personal, Material und technische Gerät zur Verfügung (vgl. Paul 2009: 34). CIMIC ist also ein Instrument, bei dem zwar der militärische Nutzen im Vordergrund steht, welches jedoch nicht aus den Mitteln des Militärs finanziert wird.

Der historische Kontext der Aufstandsbekämpfung – von Project Camelot zum ISAF-Mandat

Die Rede von „zivil-militärischen Beziehungen“ verschleiert ein zutiefst asymmetrisches Verhältnis, und dementsprechend betrachten die militärischen Akteure CIMIC auch als militärischen Auftrag. Wir haben gesehen, dass sich vor allem die Bundeswehr für das gegenwärtige CIMIC-Konzept auf die Einsatzerfahrungen auf dem Balkan beruft. Doch im Kern reicht die Doktrin viel weiter zurück, wenigstens bis zur Aufstandsbekämpfung in Vietnam, Malaya, Algerien und vielen Ländern Lateinamerikas seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Die CIMIC-Doktrin wurzelt ausdrücklich in strategischen Konzepten und Vorgaben der Aufstandsbekämpfung bzw. *Counterinsurgency* (vgl. Cordesman 2005), ist also keineswegs so neu wie gern behauptet. Daher kann ihre Entstehung auch nicht auf angeblich neue Bedrohungslagen seit dem Ende des Kalten Krieges zurückgeführt werden.

Vielmehr existierte bereits auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges ein Modell bzw. ein Projekt, das in seinen ideellen Grundlagen der CIMIC-Doktrin sehr ähnelt und emblematisch durch das „Project Camelot“ repräsentiert wird. Dies war die Bezeichnung eines vom amerikanischen Verteidigungsministerium zu Beginn der 1960er Jahre geplanten gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsprojekts zur Unterstützung der *Counterinsurgency* in Ländern des globalen Südens. Der Schwerpunkt lag auf Lateinamerika,

16 http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_Qjz-KLd4w39bQESUGYpvqRaGKGbn4IsSB9b31fj_zcVP0A_YLc0IhyR0dFALNCmzY!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQV8xUzI!/?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/N264HLPF973MMISDE/content.jsp, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.

weil diese Region während des Kalten Krieges als zentraler Kriegsschauplatz gegen die als weltweit verstandene kommunistische Bedrohung aufgefasst wurde. Hier kam es in großem Stil zur Mobilisierung und Unterstützung lokaler „Gegenbewegungen“ gegen die pauschal als kommunistisch bezeichneten Aufständischen. Dadurch kamen z.B. in Guatemala im ersten Jahrzehnt nach 1966 mehr als 20.000 Menschen ums Leben. Sie verschwanden entweder spurlos oder wurden durch paramilitärische Todesschwadronen umgebracht (s. Kowalewski 2002: 429; vgl. ders. 1991; 1992). Die Auseinandersetzungen gewannen in den 1980er Jahren unter der Reagan-Regierung neuerlich an Intensität, vor allem in El Salvador, Honduras und Peru.

In der Debatte um zivil-militärisches Zusammenwirken in den 1960er Jahren ging es nicht um eine Kooperation zwischen Militär und Entwicklungspolitik, sondern zwischen Militär und wissenschaftlicher Forschung (vgl. Kumoll 2007: 62). Dabei baute das Project Camelot auf die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehende Verknüpfung zwischen der amerikanischen Regierung und dem Militär einerseits sowie einer sich emphatisch sozialwissenschaftlich verstehenden, behavioristisch orientierten Sozialwissenschaft andererseits auf. Zugleich war diese Sozialwissenschaft geradezu routinemäßig auf „militärische Patronage“ angewiesen (Solovey 2001: 173).

Project Camelot ordnete sich in die mit dem Amtsantritt von John F. Kennedy eingeleitete aktivistische Wende ein, die etwa mit der *Alliance for Progress* in der westlichen Hemisphäre, der Gründung des in seinem Namen nicht zufällig militärische Konnotationen aufrufenden *Peace Corps*, oder auch mit der Invasion in der Schweinebucht auf Cuba ihren Niederschlag fand. Der Name des Ende 1964 eingeleiteten Projekts verweist auf König Artus' Tafelrunde, auf das aus mittelalterlichen Ritterromanen überkommene Bild einer verschworenen Gemeinschaft selbstloser und gerechter Krieger, das in der Kennedy-Ära enorm an Bedeutung gewann. Die Zielsetzung bestand in der Bereitstellung geeigneter Mittel für ein *social engineering* zur Abwehr oppositioneller oder revolutionärer Bewegungen, die durchweg mit sowjetischer Subversion gleichgesetzt wurden (vgl. Solovey 2001: 179). Kennedy hatte gleich nach seinem Amtsantritt gefordert, das Militär für neue (!) Bedrohungsszenarien auszurüsten und damit auf die Erklärung Nikita Chruschtschows zwei Monate zuvor reagiert, die Sowjetunion werde „nationale Befreiungskriege“ unterstützen – eine neue Politik, die bald darauf auch vom kommunistischen China übernommen wurde. In dieser Situation sollten nun neue Wege der Aufstandsbekämpfung entwickelt werden (vgl. ebd.). Project Camelot war also Teil einer umfassenden internationalen Strategie; die Finanzierung durch das Pentagon sollte sich auf bis zu 50 Millionen Dollar jährlich belaufen. Es wurde zuweilen mit dem Manhattan Project

verglichen, der massierten Anstrengung zum Bau der Atombombe während des Zweiten Weltkrieges. Mit anderen Worten sollten Militäraufträge den Sozialwissenschaften einen ähnlichen Schub verleihen wie ihn 20 Jahre zuvor die Naturwissenschaften durch die Forschungen für die Atombombe erfahren hatten (vgl. ebd.: 182). Mit der Planung und Umsetzung des Unternehmens wurde das Special Operations Research Office (SORO) beauftragt, ein vom Militär finanzierter Think Tank mit Sitz an der American University, Washington DC.

Project Camelot sollte „die Möglichkeiten zur Entwicklung eines allgemeinen Modells sozialer Systeme ... bestimmen, das es ermöglichen würde, politisch bedeutsame Aspekte sozialen Wandels vorherzusagen und zu beeinflussen“: Dabei sollten das Potential für „interne Kriege innerhalb nationaler Gesellschaften“ abgeschätzt, zuverlässigere Handlungsstrategien von Regierungen zur Vermeidung dieser Kriege bestimmt und schließlich ein „System“ umrissen werden, mit dem die notwendigen Informationen für diese beiden Zwecke beschafft und eingesetzt werden könnten (zit. nach Kumoll 2007: 66). Die Befreiungskämpfe, die sich in zahlreichen Ländern entwickelt hatten, wurden als Nährboden für eine Ausbreitung des Kommunismus betrachtet. SORO schien für das Projekt prädestiniert; Hauptaufgabe dieses Think Tanks war es, Handbücher über zahlreiche Länder auf der ganzen Welt zu verfassen, welche Informationen über soziale Strukturen, politische und ökonomische Systeme sowie über revolutionäres Potenzial enthielten. Beeindruckend war die geographische Reichweite des Projekts: Neben dem Schwerpunkt in Lateinamerika waren Studien über Ägypten, Iran, Türkei, Korea, Indonesien, Malaysia, Thailand, Frankreich, Griechenland und Nigeria vorgesehen (vgl. Kumoll 2007: 65f; Solovey 2001: 181).

Project Camelot hatte nur „eine merkwürdig kurze Lebensdauer“ und gelangte nicht über das Planungsstadium hinaus (Solovey 2001: 171). Es wurde bereits im Juli 1965 eingestellt, nachdem es in Chile bekannt geworden war und dort einen politischen Skandal ausgelöst hatte (vgl. Kumoll 2007: 67f). Das Verdienst, seine Existenz aufgedeckt zu haben, gebührt dem Ethnologen Marshall Sahlins (s. ebd.: 62ff). In einer Rede im November 1969 auf dem Jahreskongress der American Anthropological Association übte er fundamentale Kritik an Project Camelot und an vergleichbaren Projekten. Sahlins stellte klar, dass Project Camelot kein Einzelfall sei, sondern dass die CIA noch weitere Forschungen von Ethnologen, unter anderem über private Stiftungen, finanziere. Sahlins sah Project Camelot als Beispiel für den internationalen Interventionismus der USA zur Zeit des Kalten Krieges. Project Camelot spiegelte die Bereitschaft wider, gestützt auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in bestimmte Ländern aktiv zu intervenieren (vgl. ebd.: 69).

Diese Bestrebungen wurden fortgesetzt, auch nachdem die Publizität des Projekts US-Forschern die Arbeit in manchen Ländern zumal Lateinamerikas vorübergehend erschwerte (vgl. Solovey 2001: 186). So deckten Studierende am Heidelberger Institut für Soziologie und Ethnologie im Sommer 1969 auf, dass dort und an der Universität Mannheim im Rahmen eines von der US Air Force finanzierten „Social Movement Project“ über die Dynamik politischer und sozialer Bewegungen im Umkreis der deutschen Revolution von 1848 geforscht wurde, ganz im Sinne des Project Camelot mit dem Ziel, ein Modell zu erarbeiten, „das Voraussagen über den Ablauf der gegenwärtigen Protestbewegung ermöglicht.“¹⁷

Auch in der Auseinandersetzung mit diesen Ausläufern des akademisch-militärischen Komplexes in den USA ging es um die entscheidende Frage, die das Project Camelot zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Sozialwissenschaften, zumal der US-amerikanischen *Social Anthropology* gemacht hat: Vehement wurde darüber gestritten, ob sich Wissenschaft für politisch-militärische Zwecke in Dienst nehmen lassen dürfe. Die Kritik an der militärischen Patronage, der das Project Camelot als „Katalysator“ diente (ebd.: 173, 183), verband sich mit einer grundlegenden Neuorientierung, die nicht zuletzt einen allzu leichtfertigen Objektivitätsanspruch gegenüber einer Realität in Frage stellte, in der die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „die Prämissen der amtlichen Politik übernahmen und unterstützten, ganz gleich wie sehr sie sich auf Grundlagenforschung konzentrierten“¹⁸. Der Hinweis erübrigt sich fast, dass der akademisch-militärische Komplex auch nach dem Scheitern von Project Camelot fortbesteht und die Auseinandersetzung mit ihm weiter eine wichtige Aufgabe darstellt (vgl. etwa Forte 2010). Dies gilt etwa auch für das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU. Die EU streicht hier heraus, dass die Sicherheitsforschung „erstmalig als eigener prioritärer Themenschwerpunkt“ behandelt wurde. Hierfür wurde die beachtliche Summe von 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.¹⁹

Zur Archäologie der Aufstandsbekämpfung

Dieses Prinzip einer „embedded science“ entspricht zugleich der Mobilisierung ziviler Ressourcen, wie dies später auch für die CIMIC-Doktrin formuliert wurde. Es geht um Intervention in bestimmte Länder mit der

17 Zit. nach Sigrist & Köbler 1985: 91; s. *Sonder-Info Soziologie*, Heidelberg 15. 7. 1969.

18 Lyons, Gene: *The Uneasy Partnership. Social Science and the Federal Government in the Twentieth Century*. New York, NY: Russell Sage Foundation, 1969, S. 169, zit. nach Solovey 2001: 197.

19 Siehe: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/sicherheit.htm>, letzter Aufruf: 21. 3. 2011.

Unterstützung ziviler Akteure – diese sind jedoch beim CIMIC-Konzept keine Wissenschaftler, sondern entwicklungspolitische Organisationen oder Hilfsorganisationen.

Nach dem offiziellen Ende von Project Camelot fasste der damalige Demokratische Vorsitzende des *Subcommittee on International Organizations and Movements* des US-Senats, Dante B. Fascell, die Zielsetzung bündig zusammen:

„Um ihre Aufgabe zu erfüllen und Länder dabei zu unterstützen, sich selbst gegen kommunistische Subversion zu verteidigen, müssen das Militärpersonal der USA – und die Leute, die unterstützt werden – die Motivation des Feindes, seine Schwachpunkte und Stärken verstehen. Die verhaltenswissenschaftliche Forschung trägt dazu bei, diese grundlegenden Informationen bereitzustellen. Sie stellt eines der wichtigsten Instrumente im Arsenal der freien Gesellschaften dar.“ (zit. nach Kumoll 2007: 68)

Dies entspricht weitgehend der heutigen Begründung zivil-militärischer Beziehungen. In beiden Fällen werden zivile Ressourcen mobilisiert, um den militärischen Auftrag zu erfüllen – und der militärische Auftrag bestand und besteht in der Aufstandsbekämpfung. Um den auf den ersten Blick so beträchtlichen Sprung von Project Camelot hin zu CIMIC-Projekten in Afghanistan plausibel zu machen, muss man sich noch einmal die CIMIC-Kernfunktionen vergegenwärtigen. Die Stichworte von den vertrauensbildenden Beziehungen zu den zivilen Akteuren, Kontaktaufnahme und -pflege, kontinuierliche Beurteilung des zivilen Umfelds stehen dann in einem ganz anderen Kontext. Die „konstante Verbindungs- und Kontaktarbeit“ (Michael Paul) erfüllt einen militärischen Zweck:

„Dadurch wird es möglich, *potentiell destabilisierende Entwicklungen* frühzeitig zu erkennen und im Falle einer militärisch relevanten Situation entsprechende Kräfte einzusetzen.“ (Paul 2009: 31; Hv.: d.A.)

Auch die zweite CIMIC-Kernaufgabe orientiert sich am militärischen Ziel der Aufstandsbekämpfung: die Akzeptanz der Streitkräfte erhöhen, um so den Schutz für die Truppe zu verbessern. Das zivile Lagebild dient zur Kontrolle darüber, wie das Handeln der Streitkräfte wahrgenommen wird (vgl. ebd.: 32).

In der Analyse der CIMIC-Aktivitäten im Rahmen des Mandates der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan ist von „Aufstandsbekämpfung“ ausdrücklich die Rede (s. im Folgenden Paul 2008: 16ff). CIMIC-Akteure kommen dort innerhalb der „Provincial Reconstruction Teams“ (PRTs) zum Einsatz. Dieser Einsatz wurde auch als Testfeld für innovative Konzepte betrachtet. So übernahmen die deutschen PRTs

die amerikanische Initiative, auf „militärisch-zivile Hybriden“ zu setzen (Paul 2008: 16). Eingeständenermaßen geht es nicht darum, das Land flächendeckend militärisch zu kontrollieren. Das wesentliche Ziel ist die Aufstandsbekämpfung. Und für eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung sind nicht-militärische Maßnahmen notwendig (vgl. ebd.: 22). Doch hat damit, wie u.a. Project Camelot gezeigt hat, das Militär nichts grundlegend Neues entdeckt.

Aus dieser Analyse werden dann auch sehr offene und klare Forderungen abgeleitet: In seiner Studie über den ISAF-Einsatz kommt Michael Paul zu dem Schluss, dass der CIMIC-Ansatz, der sich an den humanitären und sozialen Grundbedürfnisse der Bevölkerung orientiert, für das militärische Ziel der Aufstandsbekämpfung zu kurz greife:

„[...] die Bevölkerung muss nicht nur davon überzeugt werden, dass der Erfolg von ISAF in ihrem eigenen Interesse ist, sondern auch daran glauben, dass die Streitkräfte sich durchsetzen und einen dauerhaften Schutz gewährleisten werden. *Es geht vorrangig darum, den Respekt der Bevölkerung zu gewinnen, nicht deren Zuneigung.*“ (ebd.)

Village Profiles, zivile Lageberichte über die Wahrnehmungen der Zivilbevölkerungen und „Hearts and Minds“-Strategien haben eine lange Tradition. Zivile Lagebilder spielten bereits in der US-Strategie im Vietnamkrieg eine wesentliche Rolle (vgl. Horlemann 1968: 144ff; Horlemann & Gäng 1966). Das Zusammenwirken von militärischen und zivilen Akteuren war auch für ältere Modelle der kolonialen Konter-Revolution bedeutsam: ob für die Briten in Malaya, die USA auf den Philippinen oder später in Vietnam (vgl. Horlemann 1968).

In Malaya²⁰ begann demzufolge die „koloniale Konter-Revolution“ mit der Ausrufung des Notstandes (vgl. ebd.: 37ff). Während des Notstandes kam es zur fortlaufenden Verfeinerung der Überwachungsmethoden (vgl. ebd.: 39ff). Die Konterrevolution liquidierte zunächst den bewaffneten Teil der antikolonialistischen Bewegung und zerstörte gleichzeitig deren Rekrutierungsbasis. Dies geschah durch „zivil-militärisches Zusammenwirken“: Überwachung und Demoralisierung (ebd.: 48). Auf den Philippinen fand die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Rahmen der Konterrevolution durch so genannte „Civilian Advisory Committees“ und zivile „Kommandos“ ihren Niederschlag mit dem Ziel, die Bevölkerung zu überwachen (vgl. ebd.: 105). Die Darstellung Horlemanns verweist auf auffällig klare Gemeinsamkeiten mit den Sprachregelungen der CIMIC-Doktrin: „Besonders auf diesem

20 Die ehemalige britische Kolonie Malaya bildet seit 1963/65 unter Einschluss der Territorien Sarawak und Sabah auf Borneo den Bundesstaat Malaysia.

Gebiet der Absicherung der zivilen Infrastruktur setzten die Beratergruppen der USA ihre Kräfte ein.“ (ebd.)

Unter Verweis auf den Algerienkrieg betont Werner Ruf (2009: 52) denn auch,

„dass das CIMIC-Konzept bereits Teil der mörderischen psychologischen Kriegsführung Frankreichs in Algerien war: Die damals entwickelten Zielvorstellungen gleichen in verblüffender Weise den jüngeren Vorstellungen der NATO, die jetzt auch von der Bundesrepublik Deutschland übernommen wurden.“

Anhand der Fallbeispiele Algerien und Kenia analysiert der Historiker Fabian Klose die Strategie des „antisubversiven Krieges“ als militärische Antwort auf die antikolonialen Herausforderungen (Klose 2009: 132ff). Diese Kriegsführung wurde zum Erfolgsschlüssel mit den Hauptkomponenten der Isolierung der Rebellen von der Zivilbevölkerung und einer gezielten Propagandakampagne (vgl. ebd.: 136). Gerade die modellhaft erfolgreiche antisubversive Kriegsführung Großbritanniens 1952-1954 in Malaya unter dem High Commissioner General Templer lief im Kern auf „zivil-militärische Zusammenarbeit“ hinaus: Für Templer bestanden 75 Prozent des Problems darin, die Bevölkerung hinter sich zu bringen, wohingegen die Jagd nach den Aufständischen nur 25 Prozent ausmache (General Templer zit. in Beckett 2001: 102): „Der Dschungel wurde neutralisiert“, erklärte General Templer damals auf dem Cover von *Time Magazine*. Hinter der CIMIC-Doktrin steckt das gleiche Ziel – fast 60 Jahre später.

Templers in Malaya so erfolgreiche Strategie wurde unmittelbar auf die Bekämpfung des Mau Mau-Aufstandes in Kenia während der 1950er Jahre übertragen. Wie Klose (2009) anhand der Beispiele Kenia und Algerien einmal mehr gezeigt hat, besteht ein integraler Aspekt der Dynamik der *Counterinsurgency* darin, dass in dem Maße, wie Aufstandsbewegungen effektiv Widerstand leisten, das Gewaltniveau der Repression steigt. Willkürliche Verhaftungen und Folter nehmen systematischen Charakter an, ähnliches gilt für Zwangsumsiedlungen und andere Formen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit bindet unvermeidlich auch die zivilen Akteure in diese Dynamik ein.

Hilfe als nicht-tödliche Waffe und die Sicht der „Entwicklungsgendarmen“

Das Ansinnen der zivil-militärischen Zusammenarbeit hat auch unter Hilfs- und Entwicklungsorganisationen eine breite Debatte ausgelöst, die es uns ermöglicht, die Problematik abschließend zugespitzt zusammenzufassen

(vgl. Buro 2004; Finckh-Krämer & Finckh 2006; Pflüger 2006; Ruf 2006). Mit der Vereinnahmung ziviler developmentspolitischer Aufgabenfelder treiben militärische Akteure die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit voran. Diese Einbindung verwischt die Grenzen zwischen Militär, Polizei, Hilfeleistung und Entwicklungsarbeit. Damit laufen CIMIC-Akteure Gefahr, geradezu zu „Entwicklungsgendarmen“ zu werden. Hier ist freilich zu differenzieren. Anders als humanitäre Hilfe unterliegt Entwicklungshilfe nicht der Forderung nach Neutralität, was ihren zivilen Charakter jedoch nicht in Frage stellen muss.

Vor diesem Hintergrund hat das im Jahr 1863 gegründete Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) eine herausgehobene Stellung, da es als private, humanitäre Organisation in den Genfer Konventionen und den beiden Zusatzprotokollen offiziell anerkannt ist (vgl. ebd.: 40). Dies begründet auch die zentrale Bedeutung der Organisation zur Bestimmung der entscheidenden Prinzipien humanitärer Hilfe: Humanität, Objektivität, Neutralität und Unabhängigkeit.²¹ Aus Sicht der humanitären Hilfe besteht vor allem die Gefahr, dass die humanitären Aktionen von „Entwicklungsgendarmen“ in den Augen der Zivilbevölkerung als nicht-tödliche Waffe erscheinen. So bemerkt Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international, unter Verweis auf ein *Field Manual* der US-Armee, das im Hinblick auf den Afghanistan-Krieg „Money as a Weapon“ zum Gegenstand hat:

„Die Betrachtung von *Hilfe als nicht-tödliche Waffe* ist schon äußerst besorgniserregend. Wer dies tut, der wird die Vergabe von Mitteln nicht mehr an den Bedürfnissen von Menschen ausrichten, sondern an eigenen Sicherheitsinteressen, vielleicht noch an der Loyalität der Leute gegenüber den Streitkräften.“ (Gebauer 2010)

Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe lassen sich nur schwer trennscharf voneinander abgrenzen – vor allem in Phasen des Wiederaufbaus oder in lang andauernden Kriegen.²² Humanitäre Hilfe orientiert sich an der Vorstellung einer neutralen, von den Konfliktparteien unabhängigen Sofort- und Überlebenshilfe, während Entwicklungspolitik zumindest dem Anspruch nach langfristig und strategisch angelegt ist. Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs definiert humanitäre Hilfe folgendermaßen:

„Humanitäre Hilfe besteht in Hilfe für eine betroffene Bevölkerung, die ihre vornehmste Aufgabe darin sieht, in einer von einer Krise betroffenen

21 Siehe auch: The ICRC's Mission Statement, 19. 6. 2008, <http://www.icrc.org/eng/resources/documents/misc/icrc-mission-190608.htm>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.

22 Vgl. differenzierend: <http://www.welthungerhilfe.de/humanitaere-hilfe.html>, letzter Aufruf: 17. 1. 2011.

Bevölkerung Leben zu retten und Leiden zu lindern. Humanitäre Hilfe muss in Übereinstimmung mit den grundlegenden humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Neutralität geleistet werden.“ (zit. nach Rehse 2004: 16)

Hier besteht also die zentrale Forderung darin, jede Begünstigung einer Gruppe zu vermeiden, damit alle Konfliktparteien die Hilfe zulassen. Diese Verpflichtung erwächst aus dem humanitären Völkerrecht (vgl. Rehse 2004).

Das IKRK hatte stets eine führende Rolle innerhalb der internationalen Zivilgesellschaft inne und setzte durch sein Wirken internationale humanitäre Standards (vgl. ebd.). Die Haltung des IKRK zur CIMIC-Doktrin ist daher besonders bedeutsam. Seine Stellungnahme zum Problem einer direkten Einmischung des Militärs in den humanitären Sektor ist eindeutig:

„Das IKRK erkannte von Beginn an die Gefahr, dass humanitäre Anstrengungen in einen politischen Prozess integriert und auf diese Weise politisiert werden. Die Notwendigkeit, dass politische Anstrengungen zur Konfliktlösung (und die nötige militärische Unterstützung) klar vom humanitären Handeln getrennt werden, das den politischen Zielen friedenserhaltender Operationen nicht untergeordnet werden darf, musste daher bekräftigt werden.“ (Studer 2001: 372; ähnlich Girod & Gnaedinger 1998)

Hier wird deutlich auf die Gefahr der Assoziierung hingewiesen: Die humanitären Helfer könnten selbst als Konfliktparteien wahrgenommen werden, wenn sie entweder zusammen mit militärischen Akteuren „Hilfe“ leisten oder mit diesen zu kooperieren suchen. Außerdem besteht in fragilen Situationen nach manifesten Gewaltkonflikten die Neigung, humanitäre Leistungen von der Gefügigkeit und dem Entgegenkommen der Konfliktparteien abhängig zu machen (vgl. Studer 2001: 374). Ungeachtet der entschiedenen Einwände gegen eine eindeutige Politisierung der humanitären Hilfe etwa im Rahmen der CIMIC-Doktrin stellt das IKRK dennoch klar, dass es nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit Militär ist (vgl. Rehse 2004: 43f; VENRO 2003: 17). Zwischen militärischen und zivilen Akteuren besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass das Militär unter „außergewöhnlichen Umständen“, etwa bei Naturkatastrophen die humanitären Anstrengungen subsidiär unterstützen kann (vgl. Lilly 2004: 255; Runge 2006; Rehse 2004: 42ff; VENRO 2003).

Vor dem Hintergrund der Kritik des IKRK ist angesichts der oben dokumentierten Aussagen zu konstatieren, dass CIMIC die zur Neutralität verpflichtete humanitäre Hilfe in eine „embedded aid“ umfunktioniert hat, da sie hier in genauer Umkehrung der soeben zitierten Prinzipien subsidiär

zum militärischen Auftrag betrachtet wird.²³ Eine vernetzte Kooperation zwischen zivilen und militärischen Akteuren kann daher nur auf Kosten der Ziele und der Eigenständigkeit von Hilfsorganisationen gehen:

„Wenn Soldaten Brunnen bohren, dann tun sie das nicht um die Kriegsführung zu zivilisieren, sondern um ihre Effektivität zu steigern. Erklärtes Ziel solcher CIMIC-Aktivitäten ist die Vergrößerung des Aktionsradius, die Informationsbeschaffung und der Schutz der Truppen vor Übergriffen. Entwicklungspolitische Überlegungen spielen keine oder nur eine nachgelagerte Rolle.“ (Gebauer 2010)

Wie Erfahrungen vor allem aus Afghanistan zeigen, ist die Gefahr der Assoziierung nicht nur theoretischer Natur, sondern hat tödliche Konsequenzen. Aufgrund der Vermischung von zivilem und militärischem Handeln geraten zivilgesellschaftlicher Akteure in den Verdacht, lediglich Teil militärischer Strategien zu sein. Tankred Stöbe, Präsident der Médecins sans Frontières präzisiert: „Allein die Diskussion über eine Kooperation erschwert unsere Arbeit ungemein.“²⁴ Die Organisation musste Afghanistan im Jahr 2004 nach 24 Jahren ununterbrochener Präsenz verlassen, nachdem fünf ihrer Mitarbeiter ermordet worden waren. Erst nach langwierigen Verhandlungen mit allen Konfliktparteien konnte die Organisation fünf Jahre später ins Land zurückkehren und in Kabul und in der Provinz Helmand wieder Projekte beginnen.²⁵ Nach Angaben von medico international wurden 2009 in Afghanistan 172 Übergriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen verübt, bei denen 19 lokale afghanische Mitarbeiter getötet wurden (vgl. Gebauer 2010; auch Runge 2006). Auf der Pressekonferenz anlässlich des Jahresberichts 2006 berichtete Oliver Müller, Vorsitzender von Caritas International, dass seine Organisation in den letzten Jahren mehr als zehn Projektpartner durch Anschläge verloren habe (Müller 2007). Müller machte unmissverständlich klar, dass der aus der Sicht der Hilfsorganisation wirksamste Schutz das Vertrauen der Bevölkerung ist:

„Möglich ist ... (die Arbeit) nur, weil Caritas international in diesen Regionen in keiner Weise mit militärischen Kämpfen oder dem Krieg gegen den Terror in Verbindung gebracht wird. Diese klare Unterscheidung ist jedoch immer seltener möglich: Zunehmend wird humanitäre Hilfe für sachfremde Zwecke instrumentalisiert und die Grenzen werden verwischt. Es ist vielfach kaum zu unterscheiden, wer Militär und wer neutraler Helfer ist.“ (Müller 2007)

23 Vgl. VENRO 2003; Lieser 2004a, 2004b; Runge 2006; Gebauer 2010.

24 Zitiert in: Interview mit dem Deutschen Ärzteblatt, 16. 7. 2010, <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=42021>, letzter Aufruf: 19. 1. 2011.

25 Siehe die Berichte auf: <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/informieren/einsatzlaender/asien/afghanistan/index.html>, letzter Aufruf: 19. 1. 2011.

Die Versicherheitlichung von Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe hat die Hilfsorganisationen in ernste Gefahr gebracht. Die Zahlen für Afghanistan stehen hier für sich: Zwischen 1997 und 2005 gab es insgesamt 947 Opfer unter humanitären Helfern; davon wurden 434 getötet, 305 wurden verwundet und 202 entführt (vgl. Wagner 2008: 86f). Generell ist die Gefährdung, der sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ausgesetzt sehen, in einem Ausmaß gestiegen, dass viele sich vor dem Dilemma sehen, sich entweder ganz zurückzuziehen oder „nicht tolerierbare Risiken für das Leben der Mitarbeiter und der Partner einzugehen.“ Eine Chance, diese Gefahren zu begrenzen, bestehe ehestens in einem „neutralen Erscheinungsbild“ (Stoddard u.a. 2009: 10). Mittlerweile verbergen Helfer aus Sicherheitsgründen ihre Zugehörigkeit zu einer Hilfsorganisation:

„Sie haben ihre Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und tragen nicht mehr die T-Shirts mit dem Logo ihrer Organisation. Je mehr Helfer sich unter den Schutz von Streitkräften begeben und damit ‘im Windschatten militärischer Interventionen’ agieren, desto eher werden sie von den Feinden dieser Intervention bedroht.“ (Runge 2006)

„Entwicklung“ jenseits einer Indienstnahme

In seinem „Ordnungsruf gegen Depression“ wandte sich Lothar Brock gegen die Folgen der diskursiven Verschiebungen, die mit Versicherheitlichung einhergehen:

„Um Gertrude Stein zu zitieren: Entwicklungspolitik ist Entwicklungspolitik ist Entwicklungspolitik. Im Übrigen sollte die Entwicklungspolitik daran Anstoß nehmen, dass es fast so scheint, als werde heute über Gerechtigkeit nur noch in Verbindung mit dem gerechten Krieg gesprochen. Zustimmung oder stillschweigende, auch widerstrebende Anpassung an Versicherheitlichung leistet diesem Trend noch Vorschub.“ (Brock 2004b)

Demgegenüber kann es nützlich sein, sich noch einmal die Auseinandersetzung um das Project Camelot zu vergegenwärtigen. Für einen Großteil der Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler in den USA ging es ja hier darum, liebgewonnene Praxisroutinen und auch professionelle Überzeugungen – in diesem Fall grundlegende Positionen der Wissenschaftstheorie – auf den Prüfstand zu stellen. Die herrschende Vorstellung von Wissenschaft war eng mit der zentralen Praxis verbunden, dass sie größtenteils aus dem Militäretat finanziert wurde und direkt oder indirekt militärischen Zwecken und Zielsetzungen diente. Als dies durch die Debatte über Project Camelot in Frage gestellt wurde, war auch der Weg frei für eine grundlegende Neuorientierung wissenschaftlichen Arbeitens – gewiss nicht

für alle, aber doch für so etwas wie eine kritische Masse, mit Leuten wie Marshall Sahlins oder Eric Wolf an der Spitze. Es kam in gewisser Weise zu einem Paradigmenwechsel. Wichtige Strömungen wandten sich von anwendungsorientierter, durch politische und militärische Vorgaben angeleiteter Forschung ab und forcierten den Anspruch kritischer Wissenschaft (s. zu dieser Unterscheidung Horkheimer 1977).

Ganz anders verlief die Dynamik des öffentlichen Diskurses über „Entwicklung“. Hier sehen wir über die letzten drei Jahrzehnte eine Verschiebung, die innerhalb der *development community* anscheinend recht einhellig verlief. In der Rückschau wird deutlich, dass diese Verschiebung dazu beitrug, dass sich die Tür zur Indiennahme durch das Militär öffnete. Nachdem in den 1970er Jahren Forderungen nach einer Umstrukturierung der Weltwirtschaft erst einmal abgewehrt und durch die akuten Krisensituationen zumal der Verschuldungskrise nebst Strukturanpassungsmaßnahmen der 1980er Jahre auch ent-thematisiert waren, trat die Armutsbekämpfung gleichsam als Operationalisierung dessen, was implizit unter „Entwicklung“ verstanden wurde, in den Vordergrund. Aus dem auch in der Modernisierungstheorie noch enthaltenen Versprechen der *nachholenden* Entwicklung, also der wie auch immer ideologisch verbrämten und unter den bestehenden Bedingungen auch illusionären Perspektive einer Universalisierung der Erfahrung der damaligen kapitalistisch entwickelten Industrieländer, eventuell auch der problematischen Industrialisierungserfolge der Sowjetunion, war nun etwas ganz anderes geworden: eine nicht struktur-, sondern sozialpolitische Abfederung der schlimmsten Schäden einer Ungleichheit, deren Fortdauer wenigstens implizit hingenommen wurde und deren Verschärfung heute zu verzeichnen ist. Armutsbekämpfung meint ja schon semantisch nicht die Beseitigung von Armut, sondern die Behandlung letztlich partikularer, methodologisch verstanden individueller Problemlagen (vgl. auch Mestrum 2006: 2). Damit ist die entscheidende Ebene der strukturellen Ursachen von Armut zumal auf der Ebene der Funktionsweise von Weltwirtschaft und Weltgesellschaft im Grunde eskamotiert. Es ist dann kein weiter Weg zu einer weiteren Wendung, nämlich in einer Linie mit der ehrwürdig-angestaubten Rede von den „gefährlichen Klassen“ diese Armen als die eigentliche Gefahr zu definieren. Dann ordnet sich die Welt-Sozialpolitik zwanglos dem Imperativ der Sicherheit unter.

CIMIC bedeutet eine Zumutung nicht nur für eine konsistente Konzeption sozioökonomischer Entwicklung, sondern auch für die Ethik ebenso wie sehr handfest für die Überlebensinteressen von Praktikerinnen und Praktikern. Dies könnte der Anstoß sein, grundsätzlich die hier nur sehr grob skizzierte schleichende Diskursverschiebung zu hinterfragen und

aus ihrer Logik auszusteigen. Eine solche Wendung erfordert immer kontrafaktisches Denken und eröffnet ungeachtet all ihrer Dringlichkeit keine unmittelbare Handlungsoption. Die daraus folgende kritische Perspektive würde nämlich bedeuten, nicht allein die geforderte Kooperation zu verweigern. Wie wir gesehen haben, tun dies einige wichtige Akteure bereits mit recht schlagkräftigen Argumenten. Die Auseinandersetzung mit der durch CIMIC pointierten Diskurssituation erfordert weiter eine gründliche Reflexion und Debatte darüber, was mit „Entwicklung“ überhaupt gemeint sein könnte. Damit verknüpft sich zumindest die Möglichkeit zu sehr viel weiterreichenden Schlussfolgerungen als dem notwendigen, aber eben nicht hinreichenden, aus der unmittelbaren Notsituation geborenen Einspruch und der damit einhergehenden fundamentalen Verweigerung. Dann wäre nämlich die Frage zu stellen, ob die einmal mit „Entwicklung“ zumindest in Teilen transportierte Perspektive eines globalen Ausgleichs der Lebenschancen nicht ernsthaft zu diskutieren ist. In modernisierungstheoretischer Fassung war diese Perspektive stark ideologisch geprägt, und doch dürfte sie es sein, die vielfach die noch immer oft zu verzeichnende Faszination ausmacht, die sich mit „Entwicklung“ verbindet. Es wäre ein sinnvolles Projekt der Kooperation zwischen Praxis und Wissenschaft, eine gründliche, ergebnisorientierte Debatte über die Überwindung der wachsenden globalen Ungleichheit nicht allein von Besitz und Eigentum, sondern von Lebenschancen gerade vor dem Hintergrund der nun bereits zu besichtigenden Erfahrung zu organisieren, wohin die Konsequenzen eines Diskurses führen, der die Versicherheitlichung von Entwicklung und die militärische Indienstnahme von Entwicklungsagenturen ermöglicht und geradezu nahe legt. Der Verzicht auf solche und ähnliche Anstrengungen könnte fatale Konsequenzen haben: Dies könnte dazu führen, dass die *development community* keine Alternative zu dem durch ihre militärische Indienstnahme vorgezeichneten Weg in den von Duffield so drastisch apostrophierten Bunker aufzubieten hat.

Literatur

- Baldwin, David A. (1997): „The Concept of Security“. In: *Review of International Studies*, Bd. 23, Nr. 1, S. 5-26.
- Bonacker, Thorsten, & Jan Bernhardt (2006): „Von der ‘security community’ zur ‘securitized community’: Zur Diskurskursanalyse von Versicherheitlichungsprozessen am Beispiel der Konstruktion einer Europäischen Identität“. In: Siedschlag, Alexander (Hg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse*. Wiesbaden, S. 219-243.
- Beckett, Ian F.W. (2001): *Modern Insurgencies and Counter-Insurgencies. Guerillas and Their Opponents since 1750*. London & New York, NY.

- Braunstein, Peter; Christian Wilhelm Meyer & Marcus Jurij Vogt, (2001): „Zivil-militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr im Balkan-Einsatz“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 20/2001.
- Brock, Lothar (2004a): „Der erweiterte Sicherheitsbegriff – Keine Zauberformel für die Begründung ziviler Konfliktbearbeitung“. In: *Die Friedenswarte*, Nr. 3-4, S. 323-344.
- Brock, Lothar (2004b): *Ein Ordnungsruf gegen Depression. Der Kampf um Frieden schließt die Weiterentwicklung des Völkerrechts ein*. Abschlussvorlesung von Lothar Brock. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Voelkerrecht/brock.html>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Brock, Lothar (2005): „Neue Sicherheitsdiskurse. Von der erweiterten Sicherheit zur globalen Konfliktintervention“. In: *Wissenschaft und Frieden*, Bd. 23, Nr. 4, S. 18-21.
- Bundesministerium der Verteidigung (1994): *Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr*. Bonn.
- Bundesministerium der Verteidigung (2006): *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*. http://www.bundeswehr.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf, letzter Aufruf: 11. 9. 2010).
- Buro, Andreas (2004): „CIMIC – ein brisanter Cocktail“. In: *Netzwerk Friedenskooperative*, <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff04/4-50.htm>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Buzan, Barry; Ole Wæver & Jaap de Wilde (1998): *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder, CO, & London.
- Commission on Human Security (2003): *Human Security Now*. New York, NY.
- Cordesman, Anthony H. (2005): *Rethinking the Challenge of Counterinsurgency Warfare: Working Notes*. Center of Strategic Studies, http://csis.org/files/media/csisis/pubs/051107_counterinsurg.pdf, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Cordesman, Anthony H. (2007): *Iraq, Afghanistan, and Self-Inflicted Wounds*. Center of Strategic Studies, <http://csis.org/print/3998>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Croll, Peter; Tobias Debiel; Tobias & Stephan Klingebiel (2007): *Plädoyer für eine integrative deutsche Sicherheitsstrategie. Warum die Bundesregierung sich im europäischen Kontext mit zivilen Akzenten in der Sicherheitsstrategie stärker profilieren sollte*. Ein Diskussionspapier. Bonn International Center for Conversion.
- Debiel, Tobias (2004): „The Need for an Integrated Security Concept“. In: Bonn International Center for Conversion (Hg.), *Promoting Security: But How and For Whom? Contributions to BICC's Ten-year Anniversary Conference. Brief 30*. Bonn International Center for Conversion, S. 52-55.
- Debiel, Tobias & Sascha Werthes, (2005): „Human Security – Vom politischen Leitbild zum integralen Baustein eines neuen Sicherheitskonzepts“. In: *Sicherheit und Frieden*, Bd. 23, Nr. 1, S. 7-20.
- Die Bundesregierung (2004): *Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“*. http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/frieden/aktionsplan.pdf, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Duffield, Mark (2001): *Global Governance and the New Wars: The Merging of Development and Security*. London.
- Duffield, Mark (2009): *Risk Management, Field Security and Urban Pathology. The Bunkering of the Aid Industry in Sudan*. BISA, University of Leicester, 14.-16. 12. 2009, <http://www.open.ac.uk/socialsciences/bisa-africa/confpapers/2009/bisa-2009-duffield.pdf>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Faust, Jörg, & Dirk Messner (2004): „Keine Sicherheit ohne pro-aktive Entwicklungspolitik“. In: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bd. 45, Nr. 11, S. 408-411.
- Finckh-Krämer, Ute, & Ulrich Finckh (2006): *Zivil-militärische Zusammenarbeit. Über die Gefahr der Verharmlosung von Militär und Krieg*. Bund für Soziale Verteidigung, Minden.

- Forste, Maximilian (2010): *Time Line and FAQ for the Human Terrain System and Responses by the Network of Concerned Anthropologists and the American Anthropological Association Zero Anthropology*. <http://zeroanthropology.net/2010/05/28/time-line-and-faq-for-the-human-terrain-system-and-responses-by-the-network-of-concerned-anthropologists-and-the-american-anthropological-association/>, letzter Aufruf: 28. 1. 2011.
- Gebauer, Thomas (2010): *Die Versicherheitlichung von Politik. Anmerkungen zum Konzept der „Vernetzten Sicherheit“*. Beitrag zum Symposium „Welche Hilfe für wessen Sicherheit?“ der stiftung medico international, 21. 5. 2010, <http://www.medico.de/themen/krieg/afghanistan/dokumente/die-versicherheitlichung-von-politik/3772/>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Girod, Christophe, & Angelo Gnaedinger (1998): *Politics, Military Operations and Humanitarian Action: An Uneasy Alliance*. International Committee of the Red Cross, Genf, <http://www.icrc.org/eng/resources/documents/publication/p0709.htm>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Horkheimer, Max (1977): „Traditionelle und kritische Theorie“. In: Ders.: *Kritische Theorie. Studienausgabe*. Frankfurt a.M., S. 521-576.
- Horlemann, Jürgen (1968): *Modelle der kolonialen Konterrevolution*. Frankfurt a.M.
- Horlemann, Jürgen, & Peter Gäng (1966): *Vietnam. Genesis eines Konflikts*. Frankfurt a.M.
- ICISS – International Commission on Intervention and State Sovereignty (2001): *The Responsibility to Protect. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty*. International Development Research Centre, Ottawa, <http://responsibilityto-protect.org/ICISS%20Report.pdf>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Kennedy, Denis (2009): *Military-Humanitarian Integration. The Promise and the Peril*. The Finnish Institute of International Affairs. Briefing Paper, Nr. 37, <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?ord588=grp2&ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=104757>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Klingebiel, Stephan (2006a): *New Interfaces between Security and Development: Changing Concepts and Approaches*. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn.
- Klingebiel, Stephan (2006b): „Entwicklungspolitik: nur ein anderes Label für Sicherheitspolitik?“ In: *Wissenschaft und Frieden*, Nr. 4/2006, S. 20-24.
- Klingebiel, Stephan, & Katja Roehder (2004): *Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen: Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen*. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn.
- Klingebiel, Stephan & Katja Roehder (2008): „Interfaces between Development and Security: Converging the Role of Development Policy and Security Policy?“ In: Brauch, Hans Günter; Úrsula Oswald Spring; Czeslaw Mesjasz; John Grin; Pál Dunay; Navnita Chadha Behera; Béchir Chourou; Patricia Kameri-Mbote & P. H. Liotta (Hg.): *Globalization and Environmental Challenges: Reconceptualizing Security in the 21st Century*. Berlin, S. 743-753.
- Klose, Fabian (2009): *Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisationskriege in Kenia und Algerien 1945-1962*. München.
- Kößler, Reinhart, & Ingrid Wehr (2011): *Entwicklung neu denken: Globalisierung und die Rückkehr der großen Theorie?* Vortragsmanuskript, Universität Freiburg, Colloquium Politicum 17. 2. 2011.
- Kowalewski, David (1991): „Counterinsurgent Vigilantism and Public Response“. In: *Sociological Perspectives*, Bd. 34, Nr. 2, S. 127-144.
- Kowalewski, David (1992): „Counterinsurgent Paramilitarism“. In: *Journal of Peace Research*, Bd. 29, Nr. 1, S. 71-84.
- Kowalewski, David (2002): „Vigilantismus“. In: Heitmeyer, Wilhelm, & John Hagan (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden, S. 426-440.
- Kumoll, Karsten (2007): *Kultur, Geschichte und die Indigenisierung der Moderne. Eine Analyse des Gesamtwerks von Marshall Sahlins*. Bielefeld.

- Lieser, Jürgen (2004a): „Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege“. September 2004, Manuskript für die Zeitschrift *neue caritas*, Ausgabe September 2004, <http://www.caritas-international.de/23220.html>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Lieser, Jürgen (2004b): *Hilfe als Waffe? Wie die EU Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in den Dienst der Terrorismusbekämpfung stellen will*. Caritas International, Politische Statements, Mai 2004, <http://www.caritas-international.de/23219.html>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Lilly, Damian (2004): „Vereinnahmung oder Zusammenarbeit? Die Beziehungen zwischen Militär und humanitären Helfern in internationalen Krisen“. In: Kurtenbach, Sabine, & Peter Lock (Hg.): *Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität*. Bonn, S. 249-259.
- Lipschutz, Ronnie (1995a) (Hg.): *On Security*. New York, NY
- Lipschutz, Ronnie (1995b): „On Security“. In: Lipschutz 1995a, S. 1-23.
- Maihold, Günther (2005): „Die sicherheitspolitische Wendung der Entwicklungspolitik“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Nr. 4/2005, S. 30-48.
- Mestrum, Francine (2006): „Twee veiligheidsconcepten. Enkele ideeën over de fusie van de ontwikkelings- en veiligheidsagenda's“. In: *Uitpers* (Webzine voor Internationale Politiek), Nr. 74 <http://www.uitpers.be/printartikel.php?id=1307>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Müller, Oliver (2007): *Zur Sicherheitslage in Afghanistan*. Redebeitrag von Dr. Oliver Müller anlässlich der Pressekonferenz zur Präsentation des Jahresberichts 2006 in Berlin am 13. 6. 2007, <http://www.caritas-international.de/37893.html>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- NATO – North Atlantic Treaty Organization (2002): *MC 411/1, NATO Military Policy on Civil-Military Co-operation*. NATO International Military Staff, <http://www.nato.int/ims/docu/mc411-1-e.htm>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Paul, Michael (2008): *CIMIC am Beispiel des ISAF-Einsatzes. Konzeption, Umsetzung und Weiterentwicklung zivil-militärischer Interaktion im Auslandseinsatz*. Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, November 2008.
- Paul, Michael (2009): „Zivil-militärische Interaktion im Auslandseinsatz“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48/2009, S. 29-35.
- Phillips, William R. (1998): „Civil-Military Cooperation: Vital to Peace Implementation in Bosnia“. In: *NATO Review*, Webedition, Bd. 46, Nr. 1, S. 22-25, <http://www.nato.int/docu/review/1998/9801-07.htm>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Pflüger, Tobias (2006): „CIMIC – Zivil-militärische Zusammenarbeit als Legitimations- und Effektivierungsinstrument deutscher Kriegspolitik“. In: *IMI-Analyse*, 2006/001. Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen.
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung & Forum Menschenrechte e.V. (2008): *Stellungnahme zum 2. Bericht der Bundesregierung. „Krisenprävention als gemeinsame Aufgabe“ für die Umsetzung des Aktionsplanes „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“*. Berlin, 11. 9. 2008.
- Rat der Europäischen Union (2003): *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. 12. 2003, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, letzter Aufruf: 22. 3. 2011.
- Rehse, Peter (2004): *CIMIC: Concepts, Definitions and Practice*. *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Nr. 136. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.
- Ruf, Werner (2006): „Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) aus friedenspolitischer Sicht“. In: Luedtke, Ralph-M., & Peter Strutyński (Hg.), *Neue Kriege in Sicht*. Kassel, S. 76-85.
- Ruf, Werner (2009): „Quo Vadis Friedensforschung?“ In: Baumann, Marcel M.; Hanne-Margret Birckenbach; & Volkhard Brandes; Sandra Dieterich; Ulrich Gundermann & Ulrike Suhr

- (Hg.): *Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie. Reiner Steinweg zum 70. Geburtstag*. Frankfurt a.M., S. 42-56.
- Runge, Peter (2006): „Helfer in Uniform? Militäreinsätze in der humanitären Hilfe“. In: *Wissenschaft und Frieden*, Nr. 4/2006, <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikellID=0463>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Sigrist, Christian, & Reinhart Kößler (1985): „Soziologie in Heidelberg“. In: Buselmeier, Karin; Dietrich Harth & Christian Jansen (Hg.): *Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg*, Mannheim, S. 79-99.
- Solana, Javier (2003): *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa/solana-papier.html>, letzter Aufruf: 22. 3. 2011.
- Solovey, Mark (2001): „Project Camelot and the 1960s Epistemological Revolution: Rethinking the Politics-Patronage-Social Science Nexus“. In: *Social Studies of Science*, Bd. 31, Nr. 2, S. 171-206.
- Stoddard, Abby; Adele Harmer & Victoria Domenico (2009): *Providing Aid in Insecure Environments: 2009 Update. Trends in Violence against Aid Workers and the Operational Response*. HPG Policy Brief, Nr. 34, http://www.cic.nyu.edu/Lead%20Page%20PDF/HPG_2009%20.pdf, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Studer, Meinrad (2001): „The ICRC and Civil-Military Relations in Armed Conflict“. In: *International Review of the Red Cross*, Nr. 842, S. 367-392.
- von Trotha, Trutz (2010): „Vom Wandel des Gewaltmonopols oder der Aufstieg der präventiven Sicherheitsordnung“. In: *Kriminologisches Journal*, Nr. 3/2010, S. 218-234.
- Turnell, Sean (2010): *Burma's Economy 2010: A Fresh Look at Some Elemental Issues*. <http://www.burmapartnership.org/wp-content/uploads/2010/09/Burma-Economy-September-2010.pdf>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisation e.V. (2003): *Streikkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streikkräften in der humanitären Hilfe*. VENRO-Positionspapier, Mai 2003.
- VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisation e.V. (2004): *VENRO-Stellungnahme zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung*. Bonn, 9. 9. 2004.
- Wagner, Jürgen (2008): *Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit*. Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Oktober 2008, <http://www.imi-online.de/download/EZ-Broschuere-Oktober2008.pdf>, letzter Aufruf: 11. 9. 2010.
- Whitfield, Lindsay (2006): *Aid's Political Consequences: The Embedded Aid System*. University College Oxford, Global Economic Governance Programme Working Paper, <http://www.globaleconomicgovernance.org/wp-content/uploads/GEG-Working-Paper-Whitfield-Aids-Political-Consequences.pdf>, letzter Aufruf: 26. 1. 2011.
- Wæver, Ole (1995): „Securitization and Desecuritization“. In: Lipschutz 1995a, S. 46-86.
- Weller, Christoph (2004): „Menschliche Sicherheit durch Zivile Konfliktbearbeitung“. In: Social Watch Deutschland (Hg.): *In Angst und Not: Bedrohungen menschlicher Sicherheit. Ein internationaler Bericht zivilgesellschaftlicher Organisationen über den Fortschritt bei Armutsbekämpfung und Gleichstellung der Geschlechter*. Report Nr. 4/2004, Bonn, S. 42-43.
- Weller, Christoph (2007): „Zivile Konfliktbearbeitung: Begriffe und Konzeptentwicklung“. In: ders. (Hg.), *Zivile Konfliktbearbeitung. Aktuelle Forschungsergebnisse*. INEF-Report, Nr. 85/2007. Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg, S. 9-18.
- Weller, Christoph (2008): *Musterknabe oder Sorgenkind? Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung auf dem Prüfstand*. Impulsreferat bei der Veranstaltung „Mus-

terknabe oder Sorgenkind? Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung auf dem Prüfstand“ von Welthungerhilfe und Heinrich-Böll-Stiftung am 23. 9. 2008 in Berlin. Zdunek, Gabriele (2011): „*PERIPHERIE*-Stichwort: Sicherheit“. In diesem Heft, S. 346-349.

Anschriften der Autoren

Marcel M. Baumann

marcel.baumann@politik.uni-freiburg.de

Reinhart Kößler

r-koessler@gmx.de

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

289 Die Stadt in der Revolte

E. BAREIS, P. BESCHERER, B. GRELL,
A. KUHN & E. RIEDMANN: Die Stadt in
der Revolte

W. SCHAFFAR: Die Rothemden in Bangkok

R. PITHOUSE: Das Aufbegehren der
Slums: Südafrika

G. KRITIDIS: Renaissance des
Anarchismus in Griechenland

E. BAREIS & M. BOJADŽIJEV: Die
französischen Vorstädte

S. BORGSTEDT: Der Kampf um die
Hamburger Hafensstraße

R. GEBHARDT: Das »Sarrazin-Syndrom«

290 Sport als ideologische Macht und kulturelle Praxis

K. WEBER: Klettern im Neoliberalismus

G. SPITALER: Sport in der Krise der
Repräsentationsdemokratie

P. JEHL: Zu Paul Dietschys Geschichte
des Fußballs

R. HORAK: Überlegungen zum Fußballstadion

D. SCHAAF & J.-U. NIELAND:
Sexualisierung des Frauenfußballs

K. WEBER: München, das »Wintersport-
Mekka«

I. GALSTER: Zur Debatte um die
Autobiographie Claude Lanzmanns

Einzelheft 12 € ; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de

Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin

Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold

Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe

Tel: +49-(0)721-7501-438 · argument@inkrit.org